
Neubau einer Gastransportleitung nach EnWG Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)

Antrag auf Planfeststellung – Teil A

Unterlage 2 – Rechtliche Belange

Teilabschnitt

Grenze Regierungsbezirk Darmstadt (Hessen) / Karlsruhe

Grenze Regierungsbezirk Karlsruhe / Stuttgart

Verantwortliche

Vorhabenträgerin	terrane ts bw GmbH Am Wallgraben 135 70565 Stuttgart
Generalplanerin	DMT Engineering & Surveying GmbH & Co. KG Bobenfeld 1 44652 Herne

ARGE SEL Ingenieurdienstleister



bosch & partner



im Auftrag der terrane**ts** bw GmbH

Inhaltsverzeichnis

1.	Planfeststellung nach § 43 EnWG	3
1.1.	Geltungsbereich der Planfeststellung	3
1.1.1.	Bauphase	3
1.1.2.	Anlage und Betrieb	4
1.1.3.	Naturschutzrechtliche Kompensation	4
2.	Zu konzentrierende öffentlich-rechtlichen Entscheidungen	4
3.	Normen und Regelwerke	5
4.	Unterlagen im Sinne des § 5 GasHDrLtgV	6

1. Planfeststellung nach § 43 EnWG

Bei der geplanten Erdgasleitung handelt es sich um eine Energieanlage im Sinne des § 49 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Sie dient im Sinne von § 1 EnWG einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Gas und damit dem öffentlichen Interesse. Gemäß § 43 EnWG Abs. 1 Nr. 5 erfordert die Errichtung von Gasversorgungsleitungen von mehr als 300 mm Durchmesser die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens.

Bei Leitungsanlagen mit einer Länge von mehr als 40 km und einem Durchmesser von mehr als 800 mm ist aufgrund Nr. 19.2.1 in Anlage 1 zum UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Unter anderen wegen der Querung verschiedener Schutzgebiete lässt sich im vorliegenden Fall nicht ausschließen, dass mit dem Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen verbunden sind. Daher wurde auf eine Vorprüfung verzichtet und direkt eine UVP als unselbstständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt.

Die geplante Süddeutsche Erdgasleitung verläuft im Bereich der Regierungsbezirke Darmstadt (Hessen), Karlsruhe, Stuttgart und Schwaben (Bayern). Die Planfeststellungsbeschlüsse in den Regierungsbezirken Darmstadt, Stuttgart und Schwaben haben noch Bestand. Lediglich im Regierungsbezirk Karlsruhe ist der Planfeststellungsbeschluss 2016 ausgelaufen und muss neu beantragt werden.

Zuständig für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens ist das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 17 - Recht, Planfeststellung.

1.1. Geltungsbereich der Planfeststellung

1.1.1. Bauphase

Der vorliegende Planfeststellungsantrag umfasst sämtliche in Anspruch zu nehmenden Flächen und Nebeneinrichtungen entlang der Süddeutschen Erdgasleitung für den gesamten Zeitraum der Bauphase. Elemente der Gesamtheit des Flächenbedarfs sind:

- Regelarbeitsstreifen in Feld- oder Waldbereichen
- Baustelleneinrichtungsflächen (BE-Flächen) und Arbeitsflächen im Bereich von Sonderbauwerken/ -strecken
- bauzeitliche Zufahrten
- Rohrlagerplätze und Materiallagerflächen
- Flächen zur Errichtung von Absperrarmaturen- und Molchstationen

Sämtliche Flächen, wie etwa

- Baulager und Materiallager
- Flächen für Bürocontainer

die seitens der ausführenden Bauunternehmen zusätzlich benötigt werden sind nicht im Rahmen der Planfeststellung dargestellt. Die Notwendigkeit und die räumliche Lage dieser Flächen werden erst im Zuge der Vergabeverhandlungen mit den Bauunternehmen konkretisiert. Weiter befinden sich solche Einrichtungen i.d.R. ohnehin auf Freiflächen in Gewerbegebieten oder brachliegenden Industriegeländen. Nachteilige Umweltauswirkungen sind daher nicht zu erwarten.

1.1.2. Anlage und Betrieb

Sämtliche für die Zeit des Betriebs der Süddeutschen Erdgasleitung zu errichtenden Anlagen und Nebeneinrichtungen mit den Elementen

- Schutzstreifen,
- Anlagen des kathodischen Korrosionsschutzes (KKS),
- Anlagen der Telekommunikationslinie, sowie Glasfaserleitungen,
- Absperrarmaturen- und Molchstationen,
- Zufahrten zu Arbeitsflächen und
- Markierungspfähle

sind im vorliegenden Planfeststellungsantrag enthalten und folglich Bestandteil des Geltungsbereiches.

1.1.3. Naturschutzrechtliche Kompensation

Der vorliegende Planfeststellungsantrag umfasst räumlich auch die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen. Die für die naturschutzrechtliche Kompensation vorgesehenen Flächen werden nach Ermittlung des Bedarfs entsprechenden Ausgleichsflächen bzw. Ökokonten zugeordnet.

Diese sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Teil E, Unterlage 13) dargestellt.

2. Zu konzentrierende öffentlich-rechtlichen Entscheidungen

Die Planfeststellung ersetzt - gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG BW / § 75 Abs. 1 VwVfG - alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Erlaubnisse und Zustimmungen. Durch sie werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Antragsteller und den durch den Plan Betroffenen geregelt.

Zudem wird im Planfeststellungsverfahren über die Zulässigkeit von Enteignungen gem. § 45 Abs. 2 EnWG entschieden.

Die Antragstellerin beantragt die Erteilung der folgenden zum Bau der Süddeutschen Erdgasleitung notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Wassergesetz Baden-Württemberg (WG)

In Teil D, Unterlage 8 wird die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser aus Gewässern i. Ordnung zur Durchführung der Druckprüfung (Stresstest) beantragt.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG)

Gemäß dem §67 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) i.V.m §32 Abs. 4 NatSchG BW werden Ausnahmegenehmigungen vom Biotopschutz beantragt.

Darüber hinaus werden Anträge auf Befreiungen von den Schutzgebietsverordnungen verschiedener Landschaftsschutzgebiete gestellt.

Die Antragsunterlagen sind in Teil D, Unterlage 8, zusammengestellt.

Landeswaldgesetz Baden-Württemberg (LWaldG)

Gemäß dem §9 Abs. 1 LWaldG wird das Thema zur Umwandlung von Waldflächen in den Antragsunterlagen sind in Teil D, Unterlage 8 behandelt.

Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW)

Gemäß dem §15 Abs. 1 DSchG wird die Genehmigung zur Veränderung von Bodendenkmäler beantragt. Die Antragsunterlagen sind in Teil D, Unterlage 8 zusammengestellt.

Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW)

Gemäß dem §49 und 52 LBO in der jeweils aktuellen Fassung, werden in Teil D, Unterlage 8 die Baugenehmigungen für die Errichtung o.g. Anlagen und Nebenanlagen beantragt.

3. Normen und Regelwerke

Energieanlagen sind, nach § 49 EnWG so zu errichten und zu betreiben, dass die technische Sicherheit gewährleistet ist. Dabei sind vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Entsprechend sind hier die technischen Regeln der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW) heranzuziehen.

Gashochdruckleitungen der öffentlichen Gasversorgung von mehr als 16 bar Betriebsdruck werden in Deutschland nach der Verordnung über Gashochdruckleitungen (GasHDrLtgV) vom 18.05.2011 (BGBl. I S. 928), zuletzt geändert am 13.05.2019 sowie dem Stand der Technik, insbesondere dem DVGW-Regelwerk (DVGW-Arbeitsblätter G 463 und 466/I) und der DIN EN 1594 (Deutsches Institut für Normung), errichtet und betrieben.

Hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Bau der geplanten Erdgasleitung ist neben dem Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften- und Regelwerk die Baustellenverordnung zu beachten. Dazu gehört u. a., dass rechtzeitig vor Baubeginn eine Vorankündigung der Baustelle an die zuständige Behörde gesandt wird. Zuständige Behörde ist nach Landesrecht das Referat 97 beim Regierungspräsidium Freiburg.

4. Unterlagen im Sinne des § 5 GasHDrLtgV

Wer die Errichtung einer Gashochdruckleitung beabsichtigt, hat gemäß dem § 5 GasHDrLtgV das Vorhaben rechtzeitig (mindestens 8 Wochen) vor Beginn der Errichtung der zuständigen Behörde (Regierungspräsidium Freiburg, Referat 97, Landesbergdirektion) unter Beifügung aller für die Beurteilung der Sicherheit erforderlichen Unterlagen anzuzeigen und zu beschreiben. Der Anzeige ist eine gutachterliche Äußerung eines anerkannten und unabhängigen Sachverständigen beizufügen, aus der hervorgeht, dass die Bauart und Betriebsweise der Gashochdruckleitung den Anforderungen der §§2 und 3 der GasHDrLtgV entsprechen. Die Anzeige gemäß §5 GasHDrLtgV erfolgt rechtzeitig vor Baubeginn.